

Gemeinde Friesenheim

Trinkwasserversorgung

Europaweite Vergabe eines Einzelauftrags

**Ingenieurleistungen | Neubau Verbindungsleitung
Hochbehälter Oberschopfheim bis Hochbehälter Voll-
mereiche sowie Förderleitung Bohrbrunnen
Oberschopfheim**

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
nach SektVO

BEWERBER-INFORMATION

(Gesamtüberblick und Phase 1 | Teilnahmewettbewerb)

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorbemerkungen	3
2.	Auftraggeber, Vergabestelle, Berater.....	3
3.	Gegenstand des Verfahrens	4
4.	Vorbefasste Unternehmen.....	5
5.	Formale Angaben zum Verfahren	5
5.1	Art des Verfahrens	5
5.2	Teilnahmeberechtigung.....	6
5.3	Bewerbergemeinschaften	6
5.4	Eignungsleihe / Unterauftragnehmer	6
5.5	Ablauf des Verfahrens	7
5.6	Beurteilung der Eignung (Phase 1).....	8
5.7	Angebotswertung (Phase 2).....	8
6.	Formulardateien und Nutzung, einzureichende Unterlagen	9
7.	Formale Vorgaben zum Teilnahmewettbewerb (Phase 1)	10
7.1	Einreichen der Teilnahmeanträge	10
7.2	Inhalte der Teilnahmeanträge, Nachweise, Bewerberauswahl	10
7.2.1	Nachweis der Eignung	10
7.2.2	Mindestanforderungen an die Eignung.....	11
7.2.3	Auswahl der Bewerber	11
7.3	Nachfordern von Unterlagen.....	12
8.	Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens.....	12
8.1	Einverständnis der Bewerber	12
8.2	Fragen zum Verfahren.....	12
8.3	Änderung und Aufhebung des Verfahrens.....	13
8.4	Kostenerstattung für die Teilnahme am Vergabeverfahren.....	13

1. Vorbemerkungen¹

Bitte lesen Sie diese Bewerber-Information zum Erstellen des Teilnahmeantrags sowie die Anlagen sorgfältig durch. Darüber hinaus werden Sie gebeten, unmittelbar die Vollständigkeit der Unterlagen zu überprüfen. Eine Übersicht über die relevanten Anlagen finden Sie in der separaten Unterlage **Anlagenverzeichnis Verfahrensunterlagen** (Anlage AV).

Zur Abgabe eines Teilnahmeantrags ist der als **Anlage** beiliegende **Teilnahmeantrag** (Anlage 1_AT) zu verwenden. Mit diesem sind sämtliche der darin geforderten Erklärungen und Nachweise einzureichen.

Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen. Der Schriftverkehr mit der Vergabestelle ist ausschließlich in deutscher Sprache zu führen.

Die Ihnen vorliegenden Unterlagen dürfen nur im Rahmen dieser Ausschreibung verwendet werden. Eine weitergehende anderweitige Nutzung – gleich welcher Art – ist an die schriftliche Zustimmung der Vergabestelle gebunden.

2. Auftraggeber, Vergabestelle, Berater

Auftraggeber ist die **Gemeinde Friesenheim**, Friesenheimer Hauptstraße 71/73, 77948 Friesenheim als öffentlicher Auftraggeber.

Diese wird in den Vergabeunterlagen gleichbedeutend als „Auftraggeber“ oder „Vergabestelle“ bezeichnet.

Bewerber/Bieter werden gleichbedeutend auch als „Auftragnehmer“ bezeichnet. Auftraggeber und Auftragnehmer werden gemeinsam auch als „Vertragspartner“ bezeichnet.

Die Vergabestelle wird in diesem Verfahren fachlich beraten und unterstützt von

MARKUS VOGEL – BERATUNG

Schulstraße 16
77876 Kappelrodeck

sowie in den rechtlichen Fragen beraten und vertreten von

MENOLD BEZLER Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer Partnerschaft mbB

Stresemannstraße 79
70191 Stuttgart

¹ Zur besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

3. Gegenstand des Verfahrens

3.1 Allgemeine Projektinformationen

Die Gemeinde Friesenheim beabsichtigt die Trinkwasserversorgung zukunftsicher zu gestalten. Hierzu sind auf Basis des vorliegenden Strategiegutachtens eine Reihe von Maßnahmen erforderlich. Die weiteren planerischen Leistungen zur Umsetzung der Gesamtmaßnahme sind gemäß Sektorenverordnung (SektVO) zu vergeben. Die Vergabe dieser Teilleistungen ist im Gesamtkontext der Umsetzung des Strategiegutachtens zu betrachten.

Ziel der in diesem Vergabeverfahren zu vergebenden Ingenieurleistungen sind die Planung und Überwachung folgender Neubaumaßnahmen:

- A. Verbindungsleitung Hochbehälter Oberschopfheim bis Hochbehälter Vollmereiche (Ortsteil Oberweier) in neuer Trasse
- B. Förderleitung Bohrbrunnen Oberschopfheim bis zur neuen Verbindungsleitung der Hochbehälter in neuer Trasse

Die künftigen Trinkwasserleitungen ergänzen die bestehenden Hauptleitungen und dienen der Erweiterung und Ausfallsicherheit.

Die Verbindungsleitung (A) zwischen den Hochbehältern soll bidirektional betrieben werden.

Die Förderleitung (B) soll das am Bestandsbrunnen sowie dem zu einem späteren Zeitpunkt herzustellenden zweiten Bohrbrunnen Oberschopfheim gewonnene Trinkwasser über die neue Verbindungsleitung ins Gesamtnetz einspeisen.

Vorzugsweise soll, soweit möglich, eine räumlich getrennte Trassenführung gegenüber den bestehenden Hauptleitungstrassen angestrebt werden. Mögliche Optionen sind in der Anlage 2_B4.1 dargestellt. Die in Frage kommende Trasse soll möglichst über öffentliche Grundstücke geführt werden.

Für den Fall, dass mehrere Trassen alternativ zu prüfen sind, werden die relevanten Leistungen in den Leistungsphasen 1 und 2 (Anlage 12.1 zu § 43 HOAI) jeweils als „Mehrfachbeauftragung“ betrachtet und vergütet. Im Zuge dieser Planungsphasen sind die notwendigen Funktionsbauwerke zu ermitteln (Bedarfsplanung mit Kostenrahmen). Die notwendigen Bedarfe der Technischen Ausrüstung (Anlagengruppen 1, 4, 5, 7 und 8 nach Anlage 15 zu § 55 HOAI) sind aufzuzeigen.

Die vom Auftraggeber jeweils ausgewählte Vorzugstrasse wird in der Folge ab der Leistungsphase 3 den weiteren Planungsgegenstand für die Förderleitung darstellen.

Gegenstand dieses Verfahrens sind Leistungen zur Planung der Gewerke „Ingenieurbauwerk Wasserversorgungsleitungen (HOAI Teil 3 Objektplanung, Abschnitt 3) mit Ingenieurvermessung (HOAI Anlage 1.4.).

Gegenstand dieses Vergabeverfahrens ist der objektbezogene Abschluss eines Einzelvertrags über entsprechende Planungsleistungen, deren Honorierung im Bereich Objektplanung geregelt ist:

- „Ingenieurbauwerke“ (Neubau Wasserversorgungsleitung) nach § 41 HOAI i.V.m. Anlage 12 (zu § 43 Abs. 4, § 44 Abs. 5 HOAI).

Es kommen die zugehörigen Grundleistungsbilder sowie Besonderer Leistungen zur Beauftragung. Daneben sind die Leistungen der zugehörigen Ingenieurvermessung (Anlage 1.4.7, Lph 1-4 HOAI) Gegenstand des Verfahrens.

Die vorermittelte Auftragssumme für die Planungsleistungen dieses Verfahrens beträgt rd. 704.000 Euro netto.

An das Planungsunternehmen als Vertragspartner werden besondere Qualifikationsanforderungen und dezidierte fachliche Leistungsanforderungen gestellt. Diese sind in den verfahrensgegenständlichen **Anlagen zur Qualifikationsanforderung Infrastrukturanlagen** (Anlage 1_A1) und **Pflichtenheft Ingenieurleistungen – Infrastrukturanlagen** (2_B1) beschrieben.

Der Auftrag wird in Form eines öffentlich-rechtlichen Vertrags stufen-/abschnittsweise vergeben.

Die enthaltenen Planungsleistungen unterliegen dem Werkvertragsrecht § 650p BGB.

Einzelheiten zum Leistungsumfang der zu erbringenden Leistungen und deren Honorierung sind in den weiteren Anlagen zu diesem Vergabeverfahren ersichtlich (Anlagen 2_B3, 2_B4, 2_V2). Diese werden in der zweiten Phase des Vergabeprozesses zum Verfahrensgegenstand.

4. Vorbefasste Unternehmen

Keine

5. Formale Angaben zum Verfahren

5.1 Art des Verfahrens

Das Vergabeverfahren erfolgt nach § 15 SektVO als „Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb“.

Das Verfahren wurde dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU zur europaweiten Bekanntmachung übersandt und im Supplement des Amtsblatts der EU veröffentlicht. Die Vergabebekanntmachung ist auf der Website <https://ted.europa.eu> abrufbar.

5.2 Teilnahmeberechtigung

Teilnahmeberechtigt sind alle natürlichen und juristischen Personen, die die in der Vergabebekanntmachung geforderte und in der **Anlage Teilnahmebedingungen** (Anlage 1_01) gemachten Bedingungen erfüllen und Anforderungen erfüllen.

Beteiligt sich ein Unternehmen mehrfach – sei es als Bewerber, Mitglied einer Bewerbergemeinschaft oder Unterauftragnehmer – an diesem Vergabeverfahren, so kann dies zum Verfahrensausschluss aller Bewerber/Bewerbergemeinschaften, bei denen das jeweilige Unternehmen beteiligt bzw. als Unterauftragnehmer vorgesehen ist, führen.

5.3 Bewerbergemeinschaften

Unternehmen können sich für die Teilnahme an diesem Verfahren zu Bewerbergemeinschaften zusammenschließen. Bewerbergemeinschaften stehen Einzelbewerbern gleich.

Eine nachträgliche Bildung von Bewerbergemeinschaften nach dem Ende der Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags ist nicht zulässig. Bewerbergemeinschaften haben im **Tabellenblatt B-EBG Erklärung Bewerbergemeinschaft** (Anlage 1_AT, Tabellenblatt B-EBG) darzulegen, wie sie die Aufgabenteilung innerhalb der Bewerbergemeinschaft vornehmen. Sie benennen einen bevollmächtigten Vertreter der Bewerbergemeinschaft und erklären, dass alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im Vergabeverfahren sowie im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften.

5.4 Eignungsleihe / Unterauftragnehmer

Ein Bewerber kann zum Nachweis seiner Eignung (wirtschaftliche und finanzielle so-wie technische und berufliche Leistungsfähigkeit) die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen (Eignungsleihe). Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bewerber und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen. In diesem Fall ist der Vergabestelle nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorgelegt wird.

Ein Bewerber kann zum Erbringen der Leistungen andere Unternehmen in Anspruch nehmen (Unterauftragnehmen). In diesem Fall hat der Bewerber im **Tabellenblatt B-EUA Erklärung Unterauftragnehmer** (Anlage 1_AT, Tabellenblatt B-EUA) darzulegen, welche Leistungen von welchem Unterauftragnehmen erbracht werden sollen.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung und/oder zur Leistungserbringung stützt, müssen die Eignung nach den Vorgaben der europaweiten Vergabebekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung bzw. Zuarbeit des Unternehmens stützt. Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB, § 124 Abs. 1 GWB und 19 Abs. 3 MiLoG auch für diese

Unternehmen vorzulegen. Werden die vorstehend dargestellten Eignungsanforderungen nicht erfüllt oder liegen Ausschlussgründe gemäß § 123 Abs. 1 bis 4 GWB vor, ist das Unternehmen auf Aufforderung der Vergabestelle innerhalb einer von dieser vorgegebenen Frist zu ersetzen. Liegen Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 GWB vor, so kann die Vergabestelle verlangen, dass der Bewerber das Unternehmen ersetzt.

Die individuellen Erklärungen der beteiligten Unternehmen hierzu sind jeweils mit der **Anlage Erklärung beteiligte Unternehmen** (Anlage 1_EBU) mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

5.5 Ablauf des Verfahrens

Das Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb wird in zwei Phasen durchgeführt:

Phase 1 – Teilnahmewettbewerb

Interessierte Unternehmen sind in der derzeit stattfindenden Phase 1 zur Beteiligung am Teilnahmewettbewerb aufgefordert. Auf Grundlage der unter Kap. 7.2.3 dargestellten Vorgehensweise und unter Nutzen der **Anlagen Qualifikationsanforderung Infrastrukturanlagen** (Anlage 1_A1) und **Auswahlkriterien Bewerber** (Anlage 1_A2) werden die geeigneten Bewerber ermittelt und unter allen grundsätzlich geeigneten Bewerbern im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs fünf Unternehmen ausgewählt, die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden.

Phase 2 – Angebots- und Verhandlungsphase

Die fünf bestgeeigneten Unternehmen werden zur Abgabe eines ersten Angebots aufgefordert (**Anlagen Erklärungen 2_V1 und 2_V2**). Grundlage bilden die bekannt- und zugänglich gemachten Vergabeunterlagen. Der geforderte Inhalt der Angebote ist in den Vergabeunterlagen dargestellt.

Die einzureichenden leistungsorientierten Unterlagen und ersten Angebote werden auf Grundlage der Zuschlagskriterien (**Anlage Auswahlkriterien Bieter**, Anlage 2_B2) bewertet. Auf dieser Grundlage wird ein Bieter ranking erstellt.

Die Vergabestelle behält sich vor, bereits auf das erste Angebot den Zuschlag zu erteilen, ohne in Verhandlungen einzutreten. Die Vergabestelle behält sich weiter vor, im Rahmen des an die erste Wertung anschließenden Verhandlungsverfahrens sukzessive weniger gut (aussichtslos) platzierte Bieter auszuscheiden. In diesem Fall kann nur mit einzelnen, anhand der Wertung besser platzierten Bietern in (weitere) Verhandlungen eingetreten werden.

Nach ggf. erfolgter Durchführung der Verhandlungen sowie Prüfung und Wertung der leistungsbezogenen Unterlagen und Angebote wird den auf Grundlage der Zuschlagskriterien (**Anlage Auswahlkriterien Bieter**, Anlage 2_B2) wirtschaftlichsten Angeboten der Zuschlag erteilt.

Dieses SektVO-Verfahren ist mit dem Abschluss der Phase 2 abgeschlossen.

Vorläufiger Terminplan

Für das gesamte Verfahren ist folgender – unverbindlicher – Terminplan vorgesehen:

- | | |
|---|------------|
| • Ende der Teilnahmefrist | 09.07.2026 |
| • Aufforderung zur Abgabe eines ersten Angebots | 13.07.2026 |
| • Ende der Frist zur Erstellung des ersten Angebots | 17.08.2026 |
| • ggf. Verhandlungen | 25.08.2026 |
| • Verfahrensabschluss und Beauftragung (Angebotsbindefrist) | 16.10.2026 |

5.6 Beurteilung der Eignung (Phase 1)

Die Beurteilung der Bewerbung in Phase 1 des Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb und damit die Auswahl der zugelassenen Bewerber erfolgt nach folgenden Kriterien (detailliert, siehe Anlage 1_A2):

	Eignungskriterium	Gewichtung in Punkten
1	Umsatz des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft	100
2	Verfügbarkeit technische Fachkräfte	100
3	Eignung Schlüsselpersonal	500
3.1	Benennung Projektleitung	200
3.2	Benennung Vertretung Projektleitung	150
3.3	Benennung Bauüberwachung	150
	Eignungskriterium	Gewichtung in Punkten
4	Funktionsbezogene Projektreferenzen	300
4.1	Referenzliste Projektleitung	150
4.2	Referenzliste Bauüberwachung	150

Als für die Aufgabenstellung hinreichend geeignet gelten Bewerber/Bewerbergemeinschaften, die mindestens 655 Punkte erreichen (max. 1.000 Punkte).

5.7 Angebotswertung (Phase 2)

Die Bewertung der Bieterleistung und dessen Angebot in Phase 2 erfolgt im direkten Zusammenhang. Beide Teilaspekte führen zum Ermitteln des wirtschaftlichsten Angebots. Die Bewertung erfolgt nach folgenden Kriterien (detailliert, siehe Anlage 2_B2):

	Zuschlagskriterium	Gewichtung in Punkten
1	Projektreferenz Objektplanung	350
1.1	Dokumentation Entwurfsplanung (Lph 3)	100

1.2	Dokumentation Vergabeunterlagen (Lph 6)	150
1.3	Dokumentation Überwachungsprozess (Lph 8)	100
2	Reaktionszeit Örtliche Bauüberwachung	100
3	Projektteam, Vorgehensweise, Leistungsorientierung	250
4	Honorarangebot	300

Der Bieter mit der höchsten Punktzahl gilt als der mit dem wirtschaftlichsten Angebot. Dieser erhält den Zuschlag.

6. Formulardateien und Nutzung, einzureichende Unterlagen

Laden Sie die vom Auftraggeber bereitgestellten Dateien (siehe Anlage AV, Anlagenverzeichnis Verfahrensunterlagen) herunter.

Die einzureichenden Dokumente sind als geschützte, direkt ausfüllbare Formulardateien auf MS-Excel-Tabellenbasis organisiert. Erfassen Sie die geforderten Erklärungen direkt in diesen Formularen (siehe dortigen „Hinweis zum Ausfüllen“). Sofern Felder in Bezug zueinander stehen und technisch verbunden sind, erfolgt die Berechnung bzw. das Ausfüllen automatisiert im geschützten Tabellenbereich. Die Ergebnisse werden direkt in der Tabelle angezeigt.

Sofern der Auftraggeber gesonderte Anlagen des Bewerbers/Bieters fordert/zulässt, benennt er diese in den Formularunterlagen. Der Bewerber/Bieter muss die individuellen Anlagen generell als „PDF-Datei“ abgeben.

Über die geforderten Unterlagen hinaus sind keine weiteren Informationen durch die Bewerber erwünscht. Solche dennoch eingereichte Informationen werden nicht berücksichtigt.

Bearbeiten Sie die Formulardateien ausschließlich im Originalformat.

Einreichen der Bewerber/Bietererklärungen und Nachweise:

Phase 1 | Teilnahmewettbewerb

- Anlagen 1_AT (Antrag auf Teilnahme) und 1_EBU (Erklärung beteiligte Unternehmen)

Diese Formulardateien können im Originalformat eingereicht werden. Alternativ kann der Bewerber diese Formulare als PDF-Datei (Druckvorgang) erzeugen und zum Einreichen verwenden. Die PDF-Datei, soll in diesem Fall als Einzel-Datei gemäß den Originalnamen bezeichnet und eingereicht werden.

Die vom Bewerber ggf. erzeugte PDF-Datei muss alle in der Excel-Tabelle enthaltene Tabellenblätter der Formular-Datei beinhalten. Dies betrifft auch den „Hinweis zum Ausfüllen“ sowie ggf. im Einzelfall vom Bewerber optional nicht zu bearbeitende Tabellenblätter.

Vom Bewerber im Einzelfall geforderten Unterlagen und Nachweise sind als separate PDF-Dateien zusammenzustellen, eindeutig zu bezeichnen und einzureichen.

Phase 2 | Verhandlungsverfahren

- Anlagen 2_V1 und 2_V2 (Bietererklärungen):

Diese Erklärungen müssen auf gesonderte Anforderung, nach dem Bearbeiten durch den Bieter, im Originalformat eingereicht werden. Zudem ist ein PDF-Abdruck der in Anlage 2_V2 (Honorarangebot) enthaltenen Tabellenblätter als Beleg-Kopie einzureichen.

Vom Bieter geforderte Unterlagen und Erklärungen (Anlage 2_V1) sind als separate PDF-Dateien zusammenzustellen, eindeutig zu bezeichnen und einzureichen.

7. Formale Vorgaben zum Teilnahmewettbewerb (Phase 1)

7.1 Einreichen der Teilnahmeanträge

Auf die **Anlage Aufforderung zur Wettbewerbsteilnahme** (Anlage 1_00) wird verwiesen.

Für die Abgabe des Antrags auf Teilnahme am Wettbewerb stellt die Vergabestelle das in der **Anlage 1_AT** bereitgestellte Antragsformular zur Verfügung.

Der Teilnahmeantrag muss elektronisch in Textform (§ 126b BGB) über das Online-Vergabeportal fristgerecht eingereicht werden.

Die Übermittlung des Teilnahmeantrags hat mithilfe elektronischer Mittel über das Online-Vergabeportal „Deutsches Vergabeportal (<https://www.dtvp.de>) zu erfolgen.

Es wird empfohlen, rechtzeitig vor dem Ende der Teilnahmefrist die Übermittlung des Teilnahmeantrags zu testen. Bei technischen Problemen und Fragen in diesem Zusammenhang finden Sie auf der Website des Vergabeportals weitergehende Informationen und Kontaktmöglichkeiten zum Support der Vergabeplattform. Die Vergabestelle kann zu technischen Fragen im Zusammenhang mit der Abgabe des Teilnahmeantrags grundsätzlich keine Auskünfte erteilen.

Anderweitig auf elektronischem oder postalischem Wege übermittelte Teilnahmeanträge, wie z.B. per Telefax oder auch per E-Mail, sind nicht zugelassen.

7.2 Inhalte der Teilnahmeanträge, Nachweise, Bewerberauswahl

7.2.1 Nachweis der Eignung

Im Teilnahmeantrag ist die Eignung gemäß den Vorgaben der EU-weiten Vergabebekanntmachung nachzuweisen. Die vorzulegenden Erklärungen und Nachweise ergeben sich auch aus den verfahrensgegenständlichen Anlagen (hier z.B. Anlagen 1_00, 1_01, 1_AT).

Die Eignung ist für jeden Bewerber bzw. – bei Bewerbergemeinschaften – jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft sowie je beteiligtem Unternehmen (z.B. Unterauftragnehmen) gesondert nachzuweisen.

Zum Nachweis der Eignungsanforderungen ist das ausgefüllte Teilnahmeformular (Anlage 1_AT) inklusive der dort aufgeführten Anlagen oder eine entsprechend den Vorgaben ausgefüllte Einheitliche Europäische Eigenerklärung vorzulegen.

7.2.2 Mindestanforderungen an die Eignung

Wie aus den Vorgaben der EU-Bekanntmachung ersichtlich, werden spezifische Qualifikationsanforderungen an die Unternehmen und deren Personal gestellt. Siehe dazu die aufgabenspezifischen Kriterien in den **Anlagen Qualifikationsanforderung – Infrastrukturanlagen** (1_A1) und **Auswahlkriterien Bewerber** (1_A2). Ausländische Bewerber müssen gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorlegen. Diese Bescheinigungen müssen in deutscher Übersetzung sein.

Hinsichtlich des Führens von Berufsbezeichnungen gilt Folgendes: Ist die Berufsbezeichnung im jeweiligen Heimatstaat gesetzlich nicht geregelt, erfüllt die fachlichen Anforderungen als z.B. „Ingenieur“ nur, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis verfügt. Dieser Nachweis muss der Anerkennung der Richtlinie 2013 / 55 /EU entsprechen. Im Vergabeverfahren beziehen wir uns hierzu auf DQR-Niveaus² (Qualifikation) und GER-Niveaus³ (Sprachkompetenz).

7.2.3 Auswahl der Bewerber

Die Bewertung der Teilnahmeanträge und somit die Auswahl der Bewerber, die zur Abgabe eines ersten Angebots aufgefordert werden, erfolgt in drei Schritten.

Schritt 1 (Formales)

Zunächst wird geprüft, ob die Teilnahmeanträge den formalen Anforderungen genügen. Verspätet eingegangene sowie unvollständige Teilnahmeanträge, die trotz ggf. erfolgter Nachforderung von Unterlagen weiterhin unvollständig bleiben, werden grundsätzlich nicht berücksichtigt.

Schritt 2 (Unternehmensbezogene Ausschlussgründe)

Anschließend wird beurteilt, ob der Bewerber nach den vorgelegten Angaben und Nachweisen grundsätzlich geeignet erscheint, am Verfahren beteiligt zu werden (Ausschlussgründe §§ 123, 124 GWB).

Schritt 3 (Eignungsprüfung)

² Deutscher Qualifikationsrahmen DQR; BMBF; <https://www.dqr.de/dqr/de/der-dqr/dqr-niveaus/deutscher-qualifikationsrahmen-dqr-niveaus.html>

³ Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen (GER); <https://www.europaeischer-referenzrahmen.de/>

Für die nicht vorweg auszuschließenden Bewerber wird geprüft, ob die fachlichen Voraussetzungen zum Ausführen des zu vergebenden Auftrags hinreichend gegeben sind (Eignungsprüfung, Erreichen der Mindestpunktzahl gemäß Anlage 1_A2 i.V.m. A_A1).

Für den Fall, dass sich mehr als fünf geeignete Unternehmen beworben haben, werden die fünf Bewerber am weiteren Verfahren beteiligt, welche in absteigender Reihenfolge am meisten Bewertungspunkte erhalten haben.

Für den Fall, dass nach der vorstehend beschriebenen Vorgehensweise durch Punktegleichstand die vorgesehene Anzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter überschritten wird, entscheidet das Los.

7.3 Nachfordern von Unterlagen

Ein Anspruch auf Nachfordern unvollständiger oder fehlerhafter Unterlagen durch die Vergabestelle besteht nicht.

Die Vergabestelle behält sich vor, von den Bewerbern das Nachreichen, Vervollständigen und/oder Korrigieren von Unterlagen im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen zu verlangen. Werden Unterlagen nicht fristgemäß nachgereicht, vervollständigt oder korrigiert, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen.

8. Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens

8.1 Einverständnis der Bewerber

Jeder am Verfahren beteiligte Bewerber erklärt sich durch seine Beteiligung und Mitwirkung mit den vorliegenden Verfahrensbedingungen einverstanden. Verlautbarungen jeder Art über Inhalt und Ablauf des Verfahrens vor und während der Laufzeit des Wettbewerbs sowie des ggf. anschließenden Vergabeverfahrens einschließlich der Veröffentlichung aller Ergebnisse dürfen nur durch die Vergabestelle und ihre Bevollmächtigten abgegeben werden.

Jeder Bewerber hat mit Übersendung von Unterlagen im Teilnahmewettbewerb bzw. in den nachfolgenden Vergabeverhandlungen diejenigen Unterlagen deutlich kenntlich zu machen, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten und in welche nach Auffassung des Bewerbers daher im Falle eines vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahrens die Akteneinsicht durch Dritte zu versagen ist.

8.2 Fragen zum Verfahren

Interessenten haben die Möglichkeit, auf den Teilnahmewettbewerb bezogene **Rückfragen** zu diesem Vergabeverfahren **bis zum 30.06.2026 (Eingang)** über den Kommunikationsweg der Vergabepattform

zu stellen. Die **Beantwortung** der Fragen erfolgt durch die Vergabestelle an alle Interessenten und Bewerber **bis zum 01.07.2026 (Versand)**.

Bitte beachten Sie:

Antworten zu rechtzeitig eingehenden Bewerberfragen sowie aktualisierte oder weitere Unterlagen, welche sämtliche Interessenten und Bewerber im Verfahren betreffen, werden ausschließlich über die Vergabeplattform in Textform zur Verfügung gestellt.

Bewerber müssen sicherstellen, dass sie regelmäßig und insbesondere unmittelbar vor Abgabe ihres Teilnahmeantrags prüfen, ob seitens der Vergabestelle zusätzliche Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, welche für die Abgabe des Teilnahmeantrags zu beachten sind.

Verbindlicher Bestandteil der Unterlagen für den Teilnahmewettbewerb werden die verfahrensspezifischen veröffentlichten Antworten und Informationen, welche ausschließlich über die Vergabeplattform kommuniziert werden. Mündliche Auskünfte und Erklärungen haben keine Gültigkeit.

8.3 Änderung und Aufhebung des Verfahrens

Die Vergabestelle behält sich vor, den Teilnahmewettbewerb zu jedem Zeitpunkt zu modifizieren oder durch einfache Mitteilung zu beenden, insbesondere dann, wenn keine Bewerbungen eingehen, die den Mindestanforderungen genügen. Im Falle der Beendigung des Verfahrens während des Teilnahmewettbewerbs sind Ansprüche gegen die Vergabestelle ausgeschlossen.

Bewerber, die ihre Bewerbungsunterlagen im Verlauf des Verfahrens ganz oder teilweise publizieren oder Dritten ohne Einverständnis der Vergabestelle aushändigen, können vom Verfahren ausgeschlossen werden.

8.4 Kostenerstattung für die Teilnahme am Vergabeverfahren

Für das Bearbeiten und Erstellen des Teilnahmeantrags und ggf. eines Angebots wird den Bewerbern/Bietern keine Entschädigung gewährt.